

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934

134 (13.11.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-893659](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-893659)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor- mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Postgeld, Einzelpreis 10 Pfing. DM X 34: 552. Druck und Verlag: E. Zirk, Elsfleth. Anzeigenpreisliste 2, Nachschlüssel A), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pfing. Verantwortlicher Anzeigenleiter: E. Zirk, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgebundene Anzeigen kein Einspruchsrecht. Schließfach 17

Nr. 134

Elsfleth, Dienstag den 18. November

1934

Ankläger oder Angeklagte?

In der Saarfrage ist jetzt, nachdem das offizielle Frankreich sich von den alarmierenden Nachrichten über militärische Vorbereitungen zum Einmarsch in das Saargebiet distanzieren und eine gewisse Entspannung eingetreten. Trotzdem hat die Reichsregierung es für notwendig gehalten, den Regierungen der Locarno-Mächte den deutschen Standpunkt zur Kenntnis zu bringen, daß nichts vorliegt, was irgendwelche Beunruhigung in Frankreich hätte auslösen können. Im Saargebiet herrscht, soweit die eingeschleuste deutsche Bevölkerung in Frage kommt, vollkommene Ruhe. Soweit kommunistisch-marxistische und entgitterte Frontparteien auf- gangsartig oder aus Gründen ihres Parteilassismus syste- matisch Unruhen herbeizuführen suchten, war bisher die ört- liche Gendarmerie und Polizei immer in der Lage, die Ruhe wiederherzustellen. Herr Knor hat diese Tatsache von der nicht gefährdeten Ruhe und Sicherheit im Saargebiet in diesen Tagen selbst vor dem Dreier-Ausschuß des Völkerbundes in Rom ausdrücklich unterstrichen. Damit entfällt jede Voraus- setzung zu einer „Polizeifaktion“.

Der französische Saar-Einmarsch ist also wieder abge- lehnt worden. Das Vorhinein durch die französisch-engli- schen Meldungen hat nicht, wie man es in Paris erhoffte, die stillschweigende Zustimmung in der englischen und italia- nischen Presse gefunden, vielmehr ist man dort sehr entsetzt. Im Gegensatz zu der offiziellen Auffassung in London hat die englische Presse die durchaus richtige Auffassung vertre- ten, daß der Einmarsch französischer Truppen ins Saarge- biet auf eigene Verantwortung Frankreichs erfolgen müßte, daß aber alle an dem europäischen Frieden interessierten Länder sich darüber klar sein müßten, welche Gefahren für den Frieden sich daraus entwickeln könnten. Zum Teil noch größer waren die Kommentare der italienischen Presse, die sich zu schweigen von dem zum Teil außerordentlich wert- vollen und verständigen Darlegungen in der Presse der neu- tralen Staaten.

Die Unterredungen, die der deutsche Vorkämpfer mit dem französischen Außenminister Caual hatte, haben zwar in der Grundfrage, nämlich der Berechtigung oder Nichtberechti- gung eines französischen Einmarsches ins Saargebiet, keine Übereinstimmung gebracht. Frankreich vertritt sich weiter- hin auf jene Behauptung des Völkerbundes aus den Jahren 1925/26, wonach Frankreich bei eventuellen Unruhen im Saargebiet zur Sicherung der rückwärtigen Wohnverbin- dungen für die Rheinarmee berechtigt sein sollte, den Vorkämpfer im Saargebiet durch französische Truppen zu übernehmen. Mit der Zurückziehung der Rheinarmee entfällt logischerweise ein solches Einmarschsrecht für Frankreich. Caual vertritt hingegen die gegenteilige Auffassung. Andererseits kann mit- teln der gewissenhaftigen Befragung festgestellt werden, daß die diplo- matische deutsch-französische Aussprache sich nicht nur in durchaus höflicher Form sondern auch in der Richtung bewegte, alles zu vermeiden, was eine neue Spannung zwi- schen den beiden Völkern herbeiführen oder die Freiheit der Saarabstimmung in irgendeiner Form beeinträchtigen könnte. Es ist eigentlich leicht denkbar, daß nach einer sol- chen durchaus unmissverständlichen Erklärung des französi- schen Außenministers unerantwortliche Kreise sich über in- ternationale Bindungen und diplomatische Vereinbarungen hinwegsetzen werden.

In Rom sind die Verhandlungen des Dreier-Ausschusses zu einem gewissen Abschluß gekommen. Die noch von Bar- ton aufgeworfene Forderung, unter allen Umständen um- stehend eine neue Auslegung des Begriffes „Status quo“ zu geben, hat bisher keine Erledigung gefunden. Es liegen kompliziertere Probleme vor, die in erster Linie finanziell- wirtschaftlicher Art sind. Allerdings hat man sich hierbei vor- allem mit den Befolgungen staatlicher und privater Gläubig- er des Saargebiets befaßt. Verschiedene Spekulant- en hatten bei ihren Transaktionen zu sehr der französischen Propaganda vertraut und sehen jetzt die Dinge an der Saar so, wie sie wirklich sind: Die Rückkehr zum Reich liegt außer Frage.

Herr Knor kann auch jetzt noch nicht aus seiner Haut. Er hat dem Völkerbundssekretariat eine Denkschrift unter- reichte, die eine Neuaufgabe seiner betannten und längst überlegten Anklagen gegen die Deutsche Front darstellt. Er bemüht sich auch in seiner neuen Denkschrift redlich, nicht zu begreifen, daß zwischen der Deutschen Front und der belamterbevolgerung des Saargebiets kein Unterschied besteht. Er will nicht begreifen, daß die Deutsche Front die Einheits- organisation der einseitigen laarndeutschen Parteien, soweit sie nicht separatistisch-marxistisch-kommunistischer Art sind, ist, die man geschaffen hat, um in der letzten Phase des Ab- stimmungstemples keine parteipolitischen Untercheidungen entsprechend der ganzen Einstellung der abstimmungsbereti- gten Bevölkerung hervorzuheben zu lassen. Deshalb bedeutet der letzte Grund die Denkschrift des Herrn Knor nichts an- deres als eine unfreundliche Haltung gegenüber der Bevölker- ung, die zu betreten, seine einzige Aufgabe ist. Denn was er außerhalb der Deutschen Front an der Saar noch an so- genannten „politischen Leben“ zeigt, ist eingeführter Unrat, schäbste Schwarzarbeit, die zu schämen, sich für Herrn Knor von aus persönlichem Neidlichkeitsgefühl verbieten sollte. Er müßten froh allem ihn nur insofern für diese schiefen

Parteiungen in seiner Denkschrift verantwortlich machen, als er seinen Namen dazu hergab; die eigentlichen Verfasser sind die Franzosen Morice und Heimburger und der Emi- grant Nachts und Genossen, der seinen Wohnsitz trotz sei- ner einflussreichen Stellung bei der Saarregierung vorwärts- halber in Lothringen hat. Vielleicht ist Herr Knor selbst noch nicht zum Bewußtsein gekommen, welche zweifelhafte Rolle ihn diese drei Anzeigervertreter spielen lassen. Der Saarbevollmächtigte des Reichsanstalters, Gauleiter Büchel, wie auch der Vertreter des Saargebietes, Geheimrat Dr. Vogt, haben jedenfalls Gelegenheit gehabt, den Mitglie- dern des Dreier-Ausschusses die Saarfrage auch einmal vom anderen Standpunkt aus darzulegen. Wir sind nach allem, was bekannt geworden ist, nicht der Meinung, daß man in Rom Herrn Knor als Ankläger betrachtet.

Der Abwehrkampf an der Saar

Büchels Forderungen in Rom

Der Saarbevollmächtigte des Reichsanstalters, Gauleiter Büchel, hat seinen Aufenthalt in Rom dazu benutzt, um das Seine zu einer klaren Betrachtung der gegenwärtigen Saargebietssituation in Kreisen des Völkerbundesrats beizutragen. Mit Nachdruck hat er dargelegt, daß von deutscher Seite niemals eine Rückschritt gegenüber dem Saarge- biet bestanden hat, und daß eine solche auch gar nicht be- stehen kann, da bei dem rein deutschen Charakter der Saar- bevölkerung über den Ausgang der Volksabstimmung kein Zweifel auf deutscher Seite vorhanden ist. Der Gehalts an einem Büchels deutscherseits wäre ein unbegreiflicher Wahr- schein.

Ganz abgesehen von der rechtlichen Seite des Pro- blems, konnte die Haltung der Deutschen innerhalb und außerhalb des Saargebiets einen französischen Einmarsch an der Saarergrenze keinesfalls rechtfertigen. Dagegen bil- den einen händigen Unruheherd die Emigranten, die — was einwandfrei bewiesen ist — unter den Augen der Re- gierungskommission und mit Unterstützung der französischen Bergwerksdirektion geradezu zum Bannort ausgebildet werden. Wenn der Saarbevollmächtigte nun in Rom ent- schieden die Ausweisung der Emigranten aus dem Saarge- biet gefordert hat, so hat er auch dieses Verlangen nur im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens gestellt.

Wie richtig diese Auffassung des Saarbevollmächtigten ist, beweisen die groß angelegte Ueberfall der Emigranten und Separatisten am letzten Sonnabend in Landsweiler, der zu einem Zusammenstoß mit saarländischen Polizei- organen führte, und die folgenden marxistischen Demonstra- tionen in Saarbrücken, Neunkirchen und Saarlouis. Diese Vorgänge beweisen klar, wie die Bereitstellung der französi- schen Truppen nicht etwa beruhigend wirkte, sondern die Terroristen erst recht zur Unruheleistung anreizen mußte.

Wenn also der Saarbevollmächtigte in Rom so ener- gisch die Forderung nach Ausweisung der Emigranten und Aufhebung der Einmarschbereitschaft der französischen Truppen gefordert hat, so hat er nur in konsequenter Verfolgung seiner in der Kaiserlauterner Rundfunkrede einwichtig dar- gelegten Politik einen Kampf weitergeführt, den Deutschland berufen ist, an der Saar auch im Interesse des europäischen Friedens und der abendländischen Kultur zu führen.

Knor gegen die Deutsche Front

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht einen Bericht der Regierungskommission des Saargebiets an den Völker- bundsrat über die angebliche Tätigkeit der Deutschen Front im Saargebiet. In dem Bericht wird der Verzicht gemacht nachzuweisen, daß die Deutsche Front nichts anderes als eine Fortsetzung der nationalsozialistischen Partei sei. Sodann werden die angeblichen Beziehungen zwischen der Deutschen Front und den Beamten im Saargebiet sowie die Beziehun- gen, die angeblich zwischen der Deutschen Front und der Reichsregierung sowie den Reichsbehörden bestehen sollen, geschildert. In einem Begleitschreiben bemerkt Präsident Knor, daß es sich bei dem Bericht um ergänzende Mitteilun- gen zu dem am 3. und 17. August übermittelten vorläufigen Ergebnissen der Hausung in den Räumen des freiwilligen Arbeitsdienstes handele. Die Regierungskommission, sagt Knor weiter, halte es für ihre Pflicht, dem Rat über gewisse beunruhigende Seiten der Tätigkeit der Deutschen Front zu berichten. Sie sei dabei weit entfernt, alle im Saargebiet begangenen illegalen Akte aus das Konto der Deutschen Front zu buchen. Ihre Gegner hätten auch oft die öffentliche Ruhe gestört, und die Regierungskommission habe nicht verfehlt, die Unruheherde, wer sie auch immer seien, mit der ganzen Strenge des Gesetzes zu verfolgen.

Knor muß dann feststellen, daß das saarländische Mit- glied der Regierungskommission sich gegen den Bericht aus- gesprochen hat. Das saarländische Mitglied der Kommission, Rohmann, habe ausdrücklich erklärt, er sehe in der Tätigkeit der Deutschen Front keine Gefahr für die in einem Abstim- mungsgebiet notwendige Ordnung. Er könne keine Ein- willigung zur Ueberwindung eines Berichtes über die Deutsche Front nur dann geben, wenn in Verbindung mit einer vollständigen Beurteilung der allgemeinen Lage ein Be- richt auch über die anderen an der Abstimmung interessierten Parteien vorgelegt würde.

Sachverständige beraten in Rom

Ueber die letzte Sitzung des Saarausschusses wurde ein amtlicher Bericht ausgeben, der besagt: „Der Dreierauss- chuß für die Saarabstimmung hat die Prüfung der juristi- schen Fragen fortgesetzt, mit denen er beauftragt war. Der Vorsitzende, Baron Moisi, unterrichtete den Ausschuß davon, daß die interessierten Regierungen auf diesbezüg- liche Schritte hin sich bereit erklärten, französische und deutsche Sachverständige zu entsenden, um unter den Lupi- nen des Dreierausschusses die lednischen Fragen zu be- sprechen, die letzterer dem Finanzausschuß des Völkerbundes zur Prüfung unterbreitet hatte. Zu diesem Zweck wird ein Unterausschuß des Finanzausschusses des Völkerbundes sich im Laufe der Woche in Rom zusammenfinden.“

Ausreise der „Emden“

Abschied des Kreuzers von Wilhelmshaven.

Wieder ein grauer Novembertag mit seinem Regen, wie Wilhelmshaven es nun schon seit Jahren gewohnt ist, wenn Schulkreuzer ins Ausland fahren. Trotzdem waren die Ha- fenanlagen dicht besetzt mit der Bevölkerung der Städte, die mit den Abordnungen der Marineabteilungen und der na- tionalsozialistischen Gliederungen, um der Ausfahrt der „Em- den“ beizuwohnen.

Die Angehörigen der „Emden“-Besatzung nahmen an Bord des Kreuzers Abschied. Dann verließ die „Emden“ ihren Liegeplatz im Hafen und steuerte in die dritte Ein- fahrt zur offiziellen Abschiedsfeier. Der Flottendef ging mit der Admiralität an Bord und nahm die Abschiedsmed- den des Kreuzers entgegen. Dann hielt auf dem Achterdeck im Auftrage des Chefs der Marineleitung der Chef der Nord- station, Vizeadmiral Schulze, eine Ansprache an die Besatzung, in der er sie aufforderte, draußen in der Welt stets für das Ansehen des Deutschen Reiches und Volkes einzutreten. Braulend erhallte das dreifache Hurra von Besatzung und Bevölkerung auf den Führer, das in das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied überging.

Die Admiralität, der Oberbürgermeister der Stadt Em- den, Waas, als Vertreter der Patenschaft und die übrigen Gäste gingen dann von Bord, die Leinen wurden losgewor- fen, Kreuzer „Emden“ wedelte die letzten Signale, und schob sich langsam aus der Schleuse. Die Kapelle spielte das Abschiedslied „Muß i denn“. Der Festungskommandant von Wilhelmshaven, Kapitän zur See von Schradler, brachte auf die scheidende „Emden“ ein dreifaches Hurra aus, in das die Taulende am Hafen begeistert einstimmten. Der Kom- mandant des Kreuzers „Emden“, Kapitän zur See Doernig, erwiderte von der Kommandobrücke herab die Grüße mit einem dreifachen Hurra auf die Dahembleibenden. Dann hatte die „Emden“ auch schon die Schleuse verlassen, strebte aus der Einfahrt hinaus und war bald den Blicken ent- schwunden.

Der Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg sandte dem Kreuzer „Emden“ zum Antritt seiner Auslands- reise folgendes Telegramm: „Ich bin sicher, daß sich Kom- mandant und Besatzung der vor ihnen liegenden Aufgabe mit bestem Können entledigen werden und wünsche Ihnen glückliche Durchführung der Reise.“

Ausflug in München

Bereidigung der Leibstandarte.

München, 11. November.

Am Mitternacht fand auf dem historischen Odeonplatz an- geführter Feldherrnhalle und jener Stätte, die das Blut der ersten Märtyrer der nationalsozialistischen Bewegung färbte, die Vereidigung des Nachwuchs 1934 der SS. Leibstandarte der Reichsführung SS. statt. Um Mitternacht erstrahlte der Platz im Lichte der Scheinwerfer. Aus den Bananen auf den schwarzen Kolonnen, die den Platz umsäumen, loderten mitschlich rot die Opferfeuer. Auf dem Platz standen in Blocks gegliedert die zu Vereidigenden angetreten. Vor der Feld- herrnhalle waren zwei Ehrenstürme aufmarschiert. In der Halle selbst sah man viele der alten Kämpfer vom 9. No- vember 1923 und fast alle führenden Männer der national- sozialistischen Bewegung.

Punkt 12 Uhr schritt der Führer mit seiner Beglei- tung aus dem Hofe der Residenz auf den Platz hinaus. Be- grüßt und geleitet vom Reichsführer SS. Himmler. Das Niederländische Dankgebet klang auf. Obergruppenführer Josef Dietrich meldete die Leibstandarte. Dann sprach der Stellvertreter des Führers Rudolf Hoesch die Eidesformel vor, und Saatzeit für Saatzeit wurde mit gestreuter Schwur- hand nachgeprochen. Der Choral von Leuthen schloß sich an diesen feierlichen Augenblick. Dann ergiff der Führer das Wort zu einer kurzen eindringlichen Ansprache, in der er Bedeutung und Ernst der Feierstunde klarmachte.

Der Führer schritt zum Schluß Glied für Glied der Formationen ab.

Hiller bei der Schillerfeier

Feierlicher Staatsakt der Reichsregierung

Der 175. Geburtstag Friedrich von Schillers wurde der Anlaß, ein feierliches öffentliches Bekenntnis des Nationalsozialismus zu Friedrich von Schiller abzulegen und den Willen der Nation zu seinem Wert der Welt sichtbar zu machen. Jene Stätte, die seinen Geist schon zu seinen Lebzeiten zutiefst befruchtete, Weimar und sein deutsches Nationaltheater, waren dazu ausersehen, im Rahmen einer Schillerwoche festlich dem Andenken des Dichters zu huldigen.

Den Mittelpunkt dieser Schillerwoche aber bildete der große feierliche Staatsakt der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung im Deutschen Nationaltheater, mit dem Adolf Hitler Friedrich von Schiller ehrte. Außerordentlich festlich und feierlich war dieser Staatsakt und mit einer Schlichtheit von um so größerer Wirkung. Das geistige Deutschland hatte seine Vertreter nach Weimar entsandt, und Reichsminister Dr. Joseph Goebbels war wohl der berufenste Sprecher, um das zum Ausdruck zu bringen, was der Nationalsozialismus Friedrich von Schiller dankt.

Das Weimarer Nationaltheater war von einer festlich bestimmten Menge bis zum obersten Rang besetzt. Wenige Minuten vor acht Uhr erschien der Führer im Nationaltheater und nahm in der großen Mittelloge Platz. Man bemerkte in seiner Umgebung weiterhin Reichsminister Dr. Goebbels, der die Gedächtnisrede hielt, Reichspressechef Dr. Dietrich, Reichsstatthalter von Thüringen, Gaudel, den thüringischen Ministerpräsidenten Marcksler, die thüringischen Minister Wächter und Dr. Weber, den Präsidenten der Reichstheaterkammer, Ministerialrat Laubinger, den Reichsamtung Dr. Rainer Schöffler und viele andere Vertreter der Gliederungen der Partei.

Sinnvoll und ausgewählt ist das Programm des Abends. Schiller'sche Worte und Beethoven'sche Musik, die beide aus gleichem Geiste geboren sind und eine harmonische Einheit bilden. Im Mittelpunkt stand die Gedächtnisrede von Reichsminister Dr. Goebbels, der Schiller als Dichter und revolutionär, als Genie und Charakter preist und würdigt.

Nach der Rede von Reichsminister Dr. Goebbels Beethoven's „Neunte“, an dieser Stätte und unter der virtuellen Leitung Hans Böhners doppelter Genuß und schönstes Erlebnis. Der Chor klingt gewaltig auf: „Freude, schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium; wir betreten freudemanen, himmlische, dein Heiligtum.“ Immer wieder hebt das Motiv, begeistert und reißt mit, bis der Jubel der Stimmen sich zu einem brausenden Finale steigert.

Margikendemonstration in Wien

Zusammenrottungen in der Innenstadt.

Wien, 12. November.

In zahlreichen Wiener Gemeindebezirken kam es zu Zusammenstößen zwischen Margisten und Polizei. Kleinerer Gruppen von Sozialdemokraten und Kommunisten verteilen in verschiedenen Punkten der Stadt, sogar im Zentrum vor im Helldenkmal, Flugzettel mit der Schlagzeile: „Wohntinnen wieder zur Ehre der Toten des 12. Februar.“ Wohntinnen, die zum Teil auf Lebensfälligkeiten herabachtet wurden, griffen ein, verhafteten die Zeitungsverleiher und gestreuten die sich anmelnden Menschenmengen.

An drei Stellen vermodeten die Margisten längeren Widerstand zu leisten, und zwar im 15. Bezirk, im Prater und in Floridsdorf. Hier konnten erst starke Hilfsabteilungen der Wache die Säuberungsaktion gegen die Margisten, die aus den Reihen der Straßenpassanten immer wieder Jung erriekten, erfolgreich durchführen.

Da man im Hinblick auf den aufgehobenen Republikgründungstag neuerlich Zusammenrottungen befürchtet, wurde die Landespolizei verstärkt. Die Polizei selbst ist in Alarmbereitschaft.

Wir leben für Langemard

Die Hitler-Jugend wahrt das Vermächtnis der Helden

Berlin, 12. November.

Die Hitler-Jugend übernahm am 20. Jahrestage von Langemard in einer weihenollen Feierstunde im Haus des Landjunks die Langemard-Spende und den Schlüssel zum Ehrenfriedhof des Langemard und damit die Betreuung des Ehrenfriedhofes von Langemard, der in den Nachkriegsjahren von der deutschen Studentenschaft aufgebaut worden. Der Feind wohnten u. a. Reichsarbeitsführer hier, die Professoren Professor Dr. Fißler und Professor von Arnim, die Vertreter der Wehrmacht, der SA, und der HJ. bei der Veranstaltung ging über alle deutschen Sender.

Studentenschaftsführer Feickert wies darauf hin, daß es die deutsche Jugend war, die bei Langemard fiel, und Langemard solle und müsse sein ein Symbol der deutschen Jugend. Nachdem nun eine einige deutsche Jugendbewegung geschaffen wurde, sei die Zeit gekommen, dieses Symbol von Langemard der deutschen Jugendbewegung der Hitler-Jugend zu übergeben.

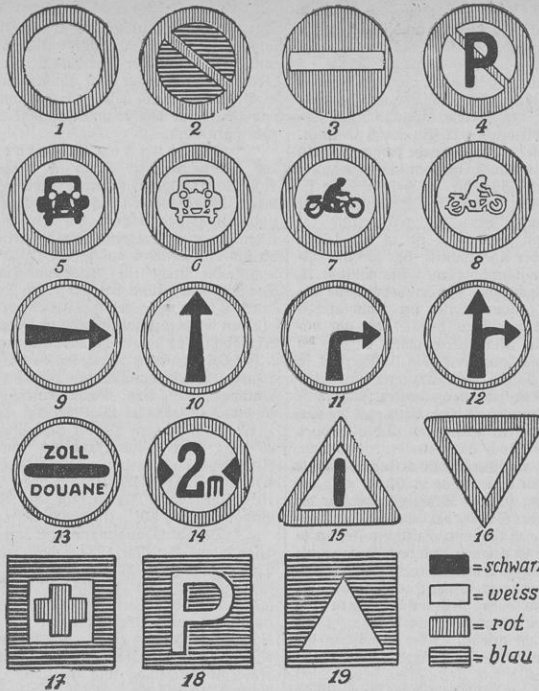
Reichsjugendführer von Schirach

Im dem Studentenfürher für die bisher geleistete Arbeit die Wahrung des Vermächtnisses der Helden von Langemard. Die Bedeutung der Langemard-Arbeit der Deutschen Studentenschaft liege nicht so sehr in ihrer realen Schöpfung, dem Friedhof von Langemard, obwohl gerade hier ein erklührendes Symbol des ewigen Deutschtums stehe, als vielmehr in der Tatfache des festlichen Bekenntnisses der deutschen Jugend zu Langemard.

In der Zeit der Verhöhnung der deutschen Frontsoldaten durch den jehnlauende deutscher Studenten gemeinsam mit den Kameraden aller Stände den Heldenriedhof von Langemard gebaut. Heute aber liege ein ganzes Volk in Treue der Jugend von Langemard. Der Gedanke des selbstlosen Kampfes an einer Idee werde von allen als Vermächtnis der Helden heilig gehalten.

Für ihn, so betonte der Reichsjugendführer, bedeute es eine stolze Ehre, dieses Wert nun unter seinen persönlichen Augen nehmen zu dürfen. Die Jugend Deutschlands möge dem feierlichen Akt erkennen, daß ihr Weg in die Zukunft um so segensreicher für ihr Volk sein werde, als sie das Vermächtnis derer erleben lerne, die für dieses Volk in der Haltung der Jugend von Langemard zu sterben wuzien.

Der Reichsjugendführer schloß die Feierstunde mit dem Wort eines unbekanntem Frontkämpfer-Dichters: Wir wollen leben für Langemard.



Die neuen Reichsverkehrszeichen.

auf Grund der neuen Reichsstraßen-Verkehrsordnung weichen von den bisherigen wesentlich ab. Die Bedeutung der einzelnen Verkehrszeichen ist die folgende: 1. Sperrzeichen für alle Fahrzeuge, 2. Halteverbot, 3. Verbot einer Fahrtrichtung oder Einfahrtsverbot, 4. Parkverbot, 5. Sperrzeichen für Kraftwagen, 6. Sperrzeichen für Kraftwagen an Sonn- und Feiertagen, 7. Sperrzeichen für Kraftfahräder, 8. Sperrzeichen für Kraftfahräder an Sonn- und Feiertagen, 9. Abwechselebene Fahrtrichtung, 10. Geradeaus, 11. Rechts abbiegen, 12. Rechts abbiegen oder geradeaus, 13. Haltezeichen an Zollstellen, 14. Sperrzeichen für Fahrzeuge über 2 Meter Breite, 15. Allgemeine Gefahrenstelle, 16. Vorfahrtrecht auf der Hauptstraße beachten! 17. Sperrzeichen, 18. Parkplatz, 19. Vorzeichen.

NSW Eisfleth

Veit. Kleider- und Geldsammlung.

Sicher warten noch viele Kleider und Gelder auf Abholung. Meine Sammler haben mich diesmal statt im Etich gelassen. Zur Kleiderammlung waren statt zwölf nur acht gekommen, zur Geldsammlung statt bestellter zehn nur zwei!!

Den genommenen Sammlern, die übrigens ihre Sache sehr gut gemacht haben, sei herzlich gedankt, ebenso natürlich den freundlichen Spendern. Es sind recht gute Kleidungsstücke gekommen.

Beide Sammlungen werden im Laufe dieser Woche fortgesetzt werden.

Wenn sind in unserm Geschäftszimmer noch zu haben. Sch.

NSW Eisfleth

Am Mittwoch, dem 14. November, von 3 bis 4 1/2 Uhr, Mitterberatung.

Wir bitten alle Mütter, mit ihren bis zu 2jährigen Kindern zu kommen.

Die Beratung findet durch Herrn Dr. Wuttke statt. Beide Zimmer sind geheizt, die Tür zwischen den beiden Zimmern ist wieder hergestell, so daß die Kinder nicht durch den kalten Flur kommen. Im Wartezimmer sind jetzt reichlich Sitzplätze. Sch.

Reichsbund für Leibesübungen

Der Beauftragte des Reichssportführers für den Bezirk 1/VIII, Siebrecht, gibt bekannt:

Alle Vereine des Reichsbundes für Leibesübungen werden zu Arbeitsgemeinschaften, den Ortsgruppen oder Ortsgruppen (Landkreisgemeinschaften) des Reichsbundes für Leibesübungen zusammengesetzt. Die Leitung dieser Ortsgruppen übernehmen die zuständigen Vertrauensmänner des Reichssportführers.

Diese Gemeinschaften müssen die Kaufleute und Arbeitszellen der Gesamtorganisation des Reichsbundes für Leibesübungen werden. In ihnen sind die Vertreter der verschiedenen Fachämter und Verbände zu vereinen und haben durch innige, kameradschaftliche Zusammenarbeit die Gemeinschaft aller Turner und Sportler zu fördern und zu vertreten. Wird die eine oder andere Sportart im Orts- oder Amtsbezirk nicht ausgeübt, so entfällt natürlich auch die Einsetzung eines Vertreters. Auf Wunsch der Fachämter kann die Vertretung von verschiedenen Sportarten in einer Hand vereinigt werden.

Außerdem gehören den einzelnen Ortsgruppen an: Vertreter der Stadtbehörden, der SA, SS, HJ und des NSDAP. Ginzin kommt ein Vertreter der Presse, ein Sportarzt, eine Vertreterin des Reichsraunenschauspielführers für Leibesübungen, ein Vertreter des Sportamtes, „Raft durch Freude“, je ein Vertreter der ortsanfälligen Reichsmehrtransportabteilungen und ein Vertreter des Propaganda-Ausschusses für die olympischen Spiele in Berlin im Jahre

1936, Amt für Sportwerbung. Nähere Ausführungen geben die eingesehten Vertrauensmänner des Reichssportführers auf der Gründungsversammlung. Einladung zu dieser Versammlung erfolgt durch die Tagespresse und durch Mund-zu-Mund-Verbreitung der Vertrauensmänner in Verbindung mit der zuständigen städtischen Behörde oder den Vereinen. Alle Vereinsleiter und Vereinsverbände haben aber schon auf die Einladung durch die Presse hin an dieser Gründungsversammlung teilzunehmen. Jeder Vereinsleiter hat sofort dem eingesehten Vertrauensmann seine eigene Anschrift und die Anschrift des Vereinsverbandes mitzuteilen.

Nach bestehende Ortsgruppen oder Ortsgruppen für Leibesübungen sind sofort aufzulösen und haben dem eingesehten Leiter der Ortsgruppe des Reichsbundes für Leibesübungen über ihre bisherige Tätigkeit Bericht zu erstatten und das noch vorhandene gesamte Material zu übergeben.

Die von mir eingesehten Leiter der Ortsgruppen dürfen mit meiner Genehmigung insoweit Untergliederungen vornehmen, wie sie im Interesse des Reichsbundes für Leibesübungen erforderlich sind.

Im Landesteil Oldenburg und im Regierungsbezirk Aurich sind sofort Ausschüsse zu gründen, im Amte Westermarsch von Pg. Oscar Weber in Brafe.

Warum Bedarfsdeckungswirtschaft?

Von Otto Bratengeyer

Wirtschaften stellt sich heraus als Tätigkeit zur Bedarfsdeckung der Volksgemeinschaft — so betonte im Schlußreferat der Vortrags- und Diskussionsstagung des Außenpolitischen Amtes der NSDAP vor den Professoren der Volkswirtschaft und der Betriebswirtschaft Dr. Hans Bumert. Das zu unterkreischen hatte er allen Anlaß. Fühlte er seine Zuhörer damit doch an einen Brennpunkt nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, die früher herrschende Ideen entthronte und auch hier zu neuem Denken zwang. So oft es unter dem liberalistischem System auch beteuert wurde, daß die volle Freiheit in der wirtschaftlichen Entfaltung des einzelnen die beste Gewähr für das Glück aller sei, waren in Wahrheit gerade dank diesem liberalistischen Grundlag schließlich alle, der Bauer wie der Städter, in Verrückung und Bestand gefährdet. Die Zerrüttung der landwirtschaftlichen Märkte, der Preissturz, die Zwangsversteigerungsklamme und die dauernd noch zunehmenden Steuerlasten hatten eine Fülle von Erbitterung und Unruhe in die Kreise der Bauern und Landwirte getragen. Nicht minder bedroht aber fühlte sich der Verbraucher, der angezichts seiner geringen Kaufkraft auch die vom Erzeuger zu Recht für ungenügend erklärten Preise noch als bei weitem zu hoch empfand; die vollen Scheunen des Bauern schlossen Hunger bei zahlreichen städtischen Volksgenossen nicht aus. Konnte zu Ende des liberalistischen Systems unter Verlinung und Schleicher Kommunismus sein Haupt immer selbstbeduhter erheben, so war das nur ein einzelnes Symptom dafür, daß die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsauffassungen im früheren Staat unhaltbar waren. Sollte also Kräfte und Ordnung wieder eintreten, so wurde zur ersten Pflicht, an die Stelle des früheren Chaos eine Regelung zu setzen, die den Erwartungen des Landes und der Stadt in

gleicher Weise gerecht wurden. Diesen grundsätzlichen neuen Weg brachte die nationalsozialistische Bedarfsbedeckungswirtschaft.

Solange der Bauer den inländischen Nahrungsmittelbedarf noch nicht voll decken kann, schließt die Bedarfsdeckung in sich die einheimische Ernte zusätzlich der Beschaffung des noch verbleibenden Restes durch Einfuhr. Die wechselnde Größe dieser Einfuhr wurde früher niemals genau festgelegt, und niemals wurden ihr geeignete Mittel gerecht. Man schuf Jälle, die, in welcher Höhe sie auch festgelegt waren, die notwendige Elastizität nicht besaßen, sondern bei guter Ernte zu gering und bei schlechter zu hoch waren. Erst jetzt ist es ein selbstverständlicher Grundsatz der Agrarpolitik, den Bedarf festzustellen, um ihn dann sicherzustellen. Die Einfuhr ist heute aber lediglich Ergänzung der einheimischen Erzeugung, während sie zuvor Teile der inländischen Produktion nur zu oft im Preis drückte oder gar unverkäuflich machte, ohne dem Verbraucher Nutzen zu bringen. Gleichzeitig wird aber auch die Unsicherheit in der Preisbildung zum Nutzen von Erzeuger und Verbraucher ausgeschaltet. Durch die vergangenen Jahrzehnte geht, nicht nur von landwirtschaftlicher Seite aus der Auf nach mittleren, stetigen Preisen. Dieses natürliche Ziel blieb aber dauernd unerreicht. Auch die Getreidepreisstützung, die das frühere System vorübergehend versuchte, mußte sich selbst ausschließen, weil sie ohne Rücksicht auf den Bedarf zu Mehrezeugung führte. Demgegenüber brachte im nationalsozialistischen Staat die Bedarfsbedeckungswirtschaft im Verein mit dem landwirtschaftlichen Festpreissystem die Sicherheit der Erzeugung und dem Standpunkt des Verbrauchers die Sicherheit der ausreichenden Lebensmittelerzeugung bei tragbaren Preisen, außerdem aber die Unabhängigkeit von den Krisenercheinungen des Weltmarktes. Gewiß hat es anfangs an Reibungen mit der freien Wirtschaft nicht gefehlt. Aber inzwischen hat sich der ohne Vorbild neu zu schaffende Apparat hinreichend eingepaßt, und nun wird das Urteil über seinen Wert schon dadurch gesprochen, daß das Ausland die Neuregelung entweder ganz oder zunächst auf Teilgebieten übernahm. Wenn man draußen bemerkt, daß der Bauer nirgends bessere Preise bekommt als bei uns, und wenn man weiter staunend vor der Tatsache steht, daß trotz der diesmal unglücklicheren deutschen Getreidernte eine Preissteigerung vermieden werden konnte, dann macht es nichts, daß die dortige Regierung keinen Nazi leiden mag; seine Bedarfsbedeckungswirtschaft kopiert man gern. Man weiß, daß sie schon in ihren bisherigen Ergebnissen besten Dienst an der Ruhe und Ordnung des gesamten Staats- und Volkslebens war. Sind doch die für Erzeuger und Verbraucher gleich tragbaren festen Preise der Ausgangspunkt auch für eine ruhige soziale Entwicklung, schon weil sie sichere Grundlagen für den Reallohn schaffen. Die Bedarfsbedeckungswirtschaft ist praktischer Sozialismus. Sie allein konnte das Schwankende in der Erzeugung, in der Preisbildung, im Wohnsitz und im Einkommen des einzelnen ersetzen durch diejenige Sicherheit und Stetigkeit, auf die der Erzeuger, der Verteiler und der Verbraucher ebenso angewiesen sind wie der Staat. Der Nationalsozialismus hat den Systemwechsel nicht nur gefordert, sondern auch gebracht. Unter den zahlreichen Reformgebieten, deren neue Wege sich täglich empfehlen, steht die Bedarfsbedeckungswirtschaft in erster Reihe.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über britische Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Elsfleth, den 13. November 1934

Tages-Zeiger

⊙-Ausgang: 7 Uhr 48 Min. ⊙-Untergang: 4 Uhr 34 Min.

Sochwasser:

6.30 Uhr Vorm. — 7.00 Uhr Nachm.

14. November: 7.20 Uhr Vorm. — 8.00 Uhr Nachm.

* Der Wohnhausneubau des Kontrollbeamten für das Elsfler Wasserwerk erhält im Gegensatz zu den sonstigen Wohnhausneubauten mit Spitzdächern, ein flaches Dach. Nämlich für die Etage unterm Dach bedeutet diese Bauart ein Vorzug, da die Schräglammern in Fortfall kommen, und alle Zimmer in der betreffenden Etage dieselben Größen haben wie die im Erdgesch. *

* Das Haus des Sattlers Köfer in der Steinstraße ging in den Besitz des Malers Peters über. * Am letzten Freitag begann in der hiesigen Berufsschule der Unterricht der Maler, unter der Leitung des Elsfler Malermeisters Winkermann. Der Unterricht erstreckt sich auf einen ganzen Tag und zwar während des ganzen Winterhalbjahrs.

* Totengedenkfeier. Schlicht, aber eindrucksvoll war die Feier, die hier am Freitag zum ehrenden Gedenken an die Toten der Bewegung durchgeführt wurde. Von den öffentlichen Gebäuden und den Privathäusern wehten die Flaggen auf Halbmaß, am Ehrenmal war eine Ehrenwache aufgezogen. Abends um 8 Uhr traten die Verbände und die politischen Leiter auf dem Marktplatz an, um unter Führung des Ortsgruppenleiters und des Sturmführers nach dem Denkmäl zu marschieren. Zahlreiche umflorte Fahnen und große Kränze wurden dem Zuge vorangetragen, von Fackelträgern begleitet. Bei der Gedenkstunde hatten fackeltragende Posten Aufstellung genommen, aus 2 Schalen loderten die Feuer empor, und eine große Menschenmenge verabschiedete in ehrfurchtsvollem Schweigen. Ortsgruppenleiter Jbsken gedachte in ehrenden Worten der Männer, die am 9. November 1923 ihr Leben einsetzten im Kampfe gegen nationale Schmach und Erniedrigung, er ehrte weiter alle Toten der Bewegung und die Gefallenen des Weltkrieges. In stillem Bedenken senkten sich die Fahnen und am Fuße des Denkmals wurden die Kränze niedergelegt. Das Horst Wessel- und das Deutschlandlied beschlossen die würdige Feier.

* Tagung der Ortsgruppenleiter. In der Berufsschule hielten die Ortsgruppenleiter unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ortsgruppenleiters P. Schwente ihre diesjährige Monatsversammlung ab. Gesprochen wurde

über die Durchführung des Winterhilfswerkes und Neuorganisation der deutschen Arbeitsfront. Es wurde mitgeteilt, daß der Kreisrat der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ 150 Bücher für die NS-Bibliothek in Aussicht gestellt habe. Ferner wurde mitgeteilt, daß vom Kreis für das kommende Jahr 200 Urlaube unterzubringen sind.

* Senkung von Hypothekenzinsen. Die der Oldenburgischen Spar- & Leih-Bank nächstehende N. V. Niederländisch-Österrische Hypothekbank in Groningen, deren Tätigkeitsgebiet sich im wesentlichen auf Oldenburg und Ostfriesland erstreckt, hat den Zinsfuß für ihre sämtlichen Hypothekendarlehen mit Wirkung vom 1. Mai 1934 ab bis auf weiteres auf jährlich 4 1/2 % herabgesetzt.

* Die Pressestelle des Staatsministeriums teilt mit: Der Reichsstaatsrat hat selbst den Verkauf der Kartoffeln durch Bauern freigegeben. Der Bauer braucht nicht mehr als den Erzeugermindestpreis zu fordern. Diese Regelung ermöglicht eine erhebliche Verbilligung des Einkaufs.

* Oldenburger Landestheater. Dienstag, 20 Uhr: A 8 Erstaufführung „Christi, ich erwarte Dich!“ Mittwoch, 15 1/2 Uhr: Nachm.-Vorst. Nr. 4 „Die Jungfrau von Orléans“. 20 Uhr: A 11 und NSG 11, 11 B, 11 A 2 „Die lustigen Weiber von Windsor“. Donnerstag, 20 Uhr: B 8 „Die lustige Witwe“. Freitag, 20 Uhr: C 8 „Die lustige Witwe“. Sonnabend, 20 Uhr: A 11 und NSG 11 C, 11 C „Eugen Onegin“. Sonntag, 15 1/2 Uhr: Gesell. Vorst. für die NS-Kulturgen. „Die Fingerringel“. 19 1/2 Uhr: A 11 Erstauff. „Clivia“.

* Der Amtshauptmann teilt mit: Nach dem Theaterbesuch vom 15. Mai 1934 bedarf jeder Veranstalter von Theateraufführungen, die für einen allgemeinen Besuch bestimmt sind, der Zulassung. Unter diese Bestimmung fallen auch alle Vereinsaufführungen und Theaterveranstaltungen von Ortsgruppen der NSDAP, der SA, der SS, der HJ, des BDM, des Jungvolks, der Deutschen Arbeitsfront, der Organisation „Kraft durch Freude“, der NS-Kulturgen. und ähnlicher Organisationen. Die Vorstände der Vereine und der vorgenannten Organisationen werden darauf hingewiesen, daß der Antrag auf Zulassung unter Beifügung des Textes des betreffenden Theaterstückes mindestens 10 Tage vor der beabsichtigten Veranstaltung beim Amte eingereicht wird. Anträge, bei denen diese Frist nicht gewahrt wird, können ohne weiteres zurückgewiesen werden.

* Die Eintopfsontage dieses Winters. Bei der Bevölkerung herrscht immer noch Unklarheit über die festgesetzten Eintopfsontage während des Winterhilfswerkes. Deshalb werden von der Reichsministerstelle des Winterhilfswerkes noch einmal die Termine bekannt gegeben: 18. November 1934, 16. Dezember 1934, 13. Januar 1935, 17. Februar 1935, 17. März 1935.

* Gruppenführer. Nach einer eingehenden Revision bei der Spar- & Darlehnskasse sowie der Landwirtschaftlichen Vergesellschaft in Gröppelbüchen, wurden der Direktor L., der Vorstandsmittglied der genannten Bank ist, sowie sein Sohn, der Geschäftsführer der genannten Vergesellschaft, ihrer Ämter entzogen und striflos entlassen. Ueber das Ergebnis der mehrere Tage währenden Revision sind nähere Einzelheiten noch nicht bekannt gegeben worden.

* Oldenburg. In einer Scheune des Gastwirts Peters in Wachtum übernachtete der aus Apen gebürtige 56jährige Ordnbeamte. Er war fest eingeschlafen, als plötzlich die ganze Scheune lichterloh brannte. Das Schadenfeuer hatte in großen Hogg- und Hafervorräten, sowie einer riesigen Menge Dorf reiche Nahrung gefunden. Es gelang zwar, G. noch aus dem brennenden Gebäude zu retten, daß er derart schwere Brandwunden erlitten, daß er nach einigen qualvollen Stunden verstarb. Er herrschte noch völlige Dunkel darüber, wie das Feuer entstanden ist.

* Oldenburg. Zu der Auffindung des offenbar ermordeten Mädchens bei Irneburg, etwa 5 Kilometer von Delmenhorst an der Landstraße nach Oldenburg, machte der Untersuchungsrichter folgende Mitteilung: In der Delmenhorster Nordangelegenheit ist der Hansjahn Adolf Dönjes aus Welsburg bei Zimmer, Eisenbahnstation der Strecke Delmenhorst—Wilbeschaulen, verhaftet worden unter dem dringenden Verdacht, die Bluttat begangen zu haben. Die Ermordete war bis zum 1. Oktober d. J. in Stellung bei seinen Eltern. Der Verhaftete soll zu ihr ein Verhältnis unterhalten haben. Die Gendarmerie arbeitet in dieser furchtbaren Angelegenheit mit Hochdruck. Der Untersuchungsrichter richtete an die Öffentlichkeit folgende für die Aufklärung der Tat wichtige Fragen: 1. Wer hat die Vertha Predt mit Adolf Dönjes zusammen gesehen? (Stetig gültig, wann und wo) 2. Wer hat in der Nordnachd Vertha P. oder Personen bemerkt, mit denen sie irgendein Umgang gehabt hat? Antworten auf diese Fragen können bei jeder Gendarmeriestation, bei der Kriminal-Polizei und dem Untersuchungsrichter in Oldenburg eingegeben werden.

* Oldenburg. Unzüchtige Handlungen unbester Art nannte der Staatsanwalt die Sittlichkeits-Entgleisungen des 30jährigen aus Gumbinnen stammenden Otto Weitzmann, wohnhaft in Schwie, der sich seit längerer Zeit mehrfach an jungen Leuten, in einigen Fällen auch an seinen Lehrlingen in häßlicher Weise vergangen hat. W. gibt zu seiner Entschuldigung seine unnormale Veranlagung an, gegen die er vergebens angekämpft und dretwegen er bereits mehrere Verurteilungen in Anknüpfung genommen habe. Der Staatsanwalt ist der Ansicht, daß ihm mitbedende Umstände nicht zugerechnet werden können, da er seine Opfer auf sexuelle Unruhe gebracht habe und beantragt eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren 6 Monaten und 3 Jahre Ehrverlust. Das Gericht erkennt gegen W. 2 Jahre Gefängnis. Es habe dennoch mitbedende Umstände gewährt, aber die Strafe doch so hoch bemessen müssen, weil W. das Abhängigkeitsverhältnis, in dem die Verlebte zu ihm stand, in der erwiesenen Weise ausgenutzt habe. — Die von ihm selbst gewünschte Entmännung erkannte die Straftammer gegen den 1905 in Wilhelmschauen geborenen Johannes Kampmann. Er mußte trotz seiner erst 29 Jahre bereits 8 mal wegen Erregung öffentlichen Argernisses vorbestraft werden. In weiteren 4 Fällen erfolgte unter Anwendung des bekannten § 51 (Ausschluß der freien Willensbestimmung) seine Ueberweisung an Anstalten.

Nach seiner Entlassung wurde er jedesmal schnell wieder rückfällig. Im Januar 1934 zeigte er sich jungen Mädchen gegenüber recht oft in einer skandalösen Verfassung und zwar in der Wilhelmshavener Straße, vor dem Gewerkschaftshaus, in der Schillerstraße, der Mithrasstraße und an einigen Straßenecken in Rüstingen. Später auch auf dem Banter Marktplatz. Er zieht es selbst vor, mit seiner Entmännung einverstanden zu sein, anstatt wieder einer Feil- und Pflegenhaft überwiefen zu werden, was nach dem Urteil des Landeshöfengerichts nach Verurteilung einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten geschehen sollte. Aus diesem Grunde legte er Berufung ein. Auch die Staatsanwaltschaft tat dies. Sein Verteidiger mußte zwecks Erfüllung des Wunsches des Angeklagten um Erhöhung der Gefängnisstrafe auf 6 Monate ersuchen, da bei einer geringeren Strafe die Entmännung nicht ausgesprochen werden darf. Der Direktor der Feil- und Pflegenanstalt Wehnen, Obermedizinalrat Dr. Wöns, glaubt nicht, daß in einer Anstalt eine Heilung erfolgen werde. Der Staatsanwalt beantragt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und Entmännung. Das Urteil lautet auf 9 Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung, sowie Entmännung.

* Bremen. Arbeitscheue und vorbestrafte Elemente, die sich um jede Arbeit drücken und für die der Staat nur dazu da ist, ihren ihren Lebensunterhalt zu verschaffen, können auf Grund des Gesetzes gegen gefährliche Gewerkschaftsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung in einem Arbeitshaus untergebracht werden. In Bremen wurden kürzlich zwei arbeitscheue Personen, die beide mehrfach wegen Einbruchsdiebstahls erheblich vorbestraft waren und bei denen alle Versuche, sie zur Arbeit anzuhalten, und sie zu ordentlichen Menschen zu machen, ergebnislos waren, in die Arbeitsanstalt überführt. Der eine von ihnen verstand es besonders gut, in der Nähe von Krankenhäusern den ohnmächtigen oder den von einem Krankwagen angefahrenen Mann zu markieren, um damit zu erreichen, für einige Tage in dem nahen Krankenhaus verpflegt untergebracht zu werden. Nach seiner Entlassung verfuhr er bei dem nächsten Krankenhaus daselbe Manöver. Der Bremische Staat ist durch das Verhalten dieses Mannes um erhebliche Beträge geschädigt worden. Der zweite Arbeitscheue ist aus jeder ihm vermittelten Arbeit entlaufen. Alle Bemühungen zur Besserung waren auch hier fruchtlos. Ihm mußten sogar eine Reihe von Diebstählen zur Last gelegt werden. Die beiden Arbeitscheuen werden in der Arbeitsanstalt unter strenger Bewachung zur Arbeit erzogen und werden erst dann wieder zur Entlassung kommen, wenn sie ernstlich gewillt sind, sich in die Gemeinschaft des werktätigen Volkes anzugliedern und rechtfertigen ihre Arbeit zu leisten.

* Jever. Der wegen mehrfach begangener Raufschand kürzlich festgenommene jüdische Viehhändler Fritz Levy, der bei seiner Einlieferung in das hiesige Gefängnis am 17. September in einem unbewachten Augenblick das Gitter suchte und angeblich nach Holland entflohen sein sollte, hat sich jetzt freiwillig im Gefängnis gestellt, wobei er angab, daß ihm ein großes „Heimweh“ nach Jever zurückgetrieben habe.

Druck und Verlag: L. Zirk, Elsfler. Hauptschriftleitung: H. Zirk, Elsfler. Verantwortlicher Anzeigenleiter: H. Zirk, Elsfler. DL X 34: 552.

Amtskasse Wesermarsch

Brake, den 10. November 1934

Öffentliche Mahnung!

Die fällig gemessene Grund- und Gebäudesteuer, die 1. April der Wohnungsmessungsteuer für 1934/35 sowie die Steuer sind nunmehr bis spätestens 16. November 1934 zu bezahlen, andernfalls Eingehung durch Mahnahme oder Beitreibung (Pfändung bzw. Verhaftung) erfolgt. Sol

Kirchenrat Elsfler

12. November 1934

Der Kirchenrat hat beschlossen, die Besitzer von Kirchenbüchern zu bitten, auf ihr Eigentumsrecht zu verzichten. Falls bis zum 30. d. M. kein Widerspruch erfolgt, wird angenommen, daß auf das Bestrecht verzichtet wird. Ordem am

Freiwillige Feuerwehr des Elsfler Turnerbundes
Mittwoch, 14. November, abends 8 Uhr
Übung
Der Wehrführer
C. C.
Mittwoch, 14. November 20 Uhr, bei Gesier
Diele
Es ladet ein **R. Peterek**

Drucksachen
liefert
Buchdruckerei L. Zirk
NAT. SOZ. FRAUENSCHAFT
NS-Frauenenschaft
Elsfleth
Mittwoch d. 14. Nov.

Zu einem **Sonnabend, den 17. Nov. d. J., 20 1/2 Uhr**, im Gasthof „Großherzog von Oldenburg“ stattfinden
Tanzkränzchen
werden die Mitglieder freundlichst eingeladen.
Eintritt für Damen und Herren **0.60 RM.**
Bitte: **Mitgliedskarte** vorseigen.
Verein der Freunde der Seefahrtschule e. V.